

**Aus der Stadtrats-
sitzung vom
24. Februar 2010**

Seite -2-

**Deutsche Zustände:
Armut und
Ausgrenzung**

Seite -4-

**DIE LINKE will
Bündnis für sozialen
Fortschritt**

Seite -6-

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

4. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

02. März 2010

Kreistagsfraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN:

Kommunale Handlungsfähigkeit und Öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort sichern

Zur prekären finanziellen Situation in vielen Kommunen Sachsen-Anhalts erklären die Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen und der Stadtratsfraktionen der kreisfreien Städte der Partei DIE LINKE anlässlich einer gemeinsamen Konferenz mit der Landtagsfraktion in Magdeburg:

„Vor dem Hintergrund der Konjunktur- und Wirtschaftskrise wird immer deutlicher, dass die Landkreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden unseres Landes zunehmend größere Defizite in ihren Kassen zu verkräften haben. Sinkende Gewerbesteuer-einnahmen, reduzierte Landeszuweisung und steigende Ausgaben drängen immer mehr die Kommunen in Sachsen-Anhalt in eine Situation, in der sie - kurz vor dem finanziellen Kollaps - wichtige Bestandteile der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Frage stellen müssen. Die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau ist als Oberzentrum nur ein Fall unter vielen. Bereits bei der Erarbeitung des neuen Finanzausgleichsgesetzes (FAG) und in den Debatten über den Doppelhaus-

halt 2010/2011 hatte DIE LINKE eindringlich vor einer solchen Situation gewarnt.

Wir fordern die Landesregierung auf, bei der Erarbeitung eines Nachtragshaushaltes für das Jahr 2011 die Absenkung der Finanzzuweisungen des Landes an die Kommunen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2009 zurückzunehmen. Wir bekennen uns zur oberzentralen Funktion der Stadt Dessau-Roßlau. Die Oberzentren sind zukünftig grundsätzlich gleich zu behandeln.

Die Landesregierung muss im Bundesrat umgehend im Interesse der Kommunen aktiv werden. Notwendig sind wirkungsvolle Kompensationsmaßnahmen für die Steuerausfälle, die den Kommunen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der CDU/FDP-Koalition entstehen. Sämtliche Steuervorhaben, die den Kommunen weitere Einnahmeverluste bescheren, sind zu stoppen. Die Absenkung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft ist auszusetzen.

Diese Forderungen werden wir

durch unsere Tätigkeit in den kommunalen Vertretungen unterstützen. Die Kommunen benötigen mehr, als ein kommunales Entschuldungsprogramm Stark II, welches viele Fragen in den Gemeinden und Landkreisen aufwirft, anstatt zu zukunftsfähigen Lösungen beizutragen. Dort, wo staatliche Aufga-



DIE LINKE.

ben den Kommunen übertragen werden, ist ihnen die finanzielle Mehrbelastung zu erstatten. Unentbehrlich ist aus unserer Sicht, dass das Land seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen gerecht wird. Das Land muss jetzt gemeinsam mit seinen Kommunen alle Anstrengung unternehmen, um die Öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort zu sichern und die Handlungsfähigkeit der Landkreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden zu gewährleisten.“

Dr. Thomas Drzisga

Aus der Stadtratsitzung am 24.02.2010

Seit Langem wurde die Bürgerfragestunde wieder voll genutzt, das heißt, eine volle Stunde lang nutzten Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit für ihre Anfragen. Thematisch ging es dabei um den Winterdienst, um die Zukunft der Schwimmvereine, um die Zukunft der Franzigmark u. a. m.

Ohne größere Diskussionen pasierte die Fortschreibung zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) den Stadtrat und auch die Vorlage zur „Institutionellen Förderung des Künstlerhauses 188 e. V. zum Betreiben des Künstlerhauses 188 von 2010 und 2011 mit der Option 2012“. Ebenfalls beschlossen wurden die Änderungen zum Konjunkturprogramm - hier zu Bildungseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale). Neu ist z. B. jetzt, dass die Diesterweg-Grundschule, einschließlich der Turnhalle, für 3,3 Millionen EUR saniert wird.

Für Diskussion und Änderungen sorgte die Vorlage Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Halle-Neustadt. Das Land Sachsen-Anhalt hat für den „Stadtteil“ Halle-Neustadt Fördergelder in Höhe von 2,8 Mio. EUR bereitgestellt. Im Zusammenwirken mit Freien Trägern, Wohnungsgesellschaften und Stadtteilmanagement SPI sind hier Vorschläge für soziale Projekte erarbeitet worden, die mit dem o. g. Geld umgesetzt werden sollten. Zu dieser Vorlage gab es im Stadtrat einige Änderungsvorschläge, auch von unserer Fraktion; nicht alle wurden angenommen. Durchgesetzt hat sich, dass den Bestands-spielplätzen mehr Aufmerksamkeit gezollt wird! Insgesamt wurde der

Vorlage - auch von uns - mehrheitlich zugestimmt.

Beschlossen wurde durch geheime Wahl der Kreisjägermeister und die Mitglieder des Jagdbeirates.

Mehrere „Wiedervorlagen“- also Anträge von Fraktionen, die in den einzelnen Ausschüssen diskutiert und beraten wurden, standen zur Abstimmung. Dazu zählten auch die Anträge unserer Fraktion und der SPD zur Strategie gegen Kinderarmut. Nach einem halben Jahr (!) ist es nun geschafft: Es gab einen gemeinsamen Antrag, der u. a. vorsieht, alle 3 Jahre einen Kinderarmutsbericht vorzustellen, der dann auch konkrete Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Kinder, die in Armut leben müssen, beinhaltet. Wichtig für uns war und ist, dass die Freien Träger einbezogen wurden. Aus Anlass des Tages der Armut 2010 soll ein sozialpolitisches Forum veranstaltet werden, in dessen Ergebnis Bedarfe der Hilfeleistung formuliert und angepasst werden können.

Das Thema „Erhalt der Öko-Schule Franzigmark“ spielte wieder eine große Rolle im Stadtrat. Nun ist es durch den Stadtrat beschlossen. Der Standort der Öko-Schule Franzigmark bleibt, es erfolgt eine Ausschreibung mit dem Ziel, dass ein Freier Träger diese übernimmt und ein finanzieller Zuschuss der Stadt Halle (Saale) festgelegt wurde. Unser Antrag, dass auch wieder Anmeldungen von Schulklassen etc. angenommen werden, um auch dem zukünftigen Betreiber einen Fortbestand zu sichern, wurde mehrheitlich angenommen.

Sehr kontrovers wurde der Antrag „Verkehrsberuhigung der Kneipen-

meile in der Kleinen Ulrichstraße“ diskutiert. Eigentlich gibt es bereits klare Verkehrsregelungen, aber es hält sich kaum jemand daran! Die Mehrheit stimmte gegen den Antrag, die Mehrheit unserer Fraktion und der Grünen dafür. Frau Szabados sagte aber eine stärkere Kontrolle der Verkehrsregelung zu! Angenommen wurde unser Antrag zur Entwicklung eines Masterplanes. Er beinhaltet ein Konzept, in dem alle bisherigen Konzepte, wie z. B. Flächennutzungsplan, Parkraumbewirtschaftung, Nahverkehrsplan etc. beachtet werden sollen, auch Vereine und Verbände sollen daran beteiligt werden. Das Thema Eingemeindungen spielte auch wieder durch die Einbringung entsprechender Anträge eine Rolle. Alle Anträge wurden in den Haupt- sowie den Planungsausschuss zur weiteren inhaltlichen Diskussion verwiesen.

Unser Antrag, einen Bericht zum Weihnachtsmarkt 2009 und entsprechende Schlussfolgerungen für den nächsten sowie zu Spezialmärkten im Ordnungsausschuss zu bekommen, wurde angenommen. Unser Antrag zum öffentlichen Nahverkehr - hier: Direktvergabe der Nahverkehrsleitungen an die HAVAG - wurde zur weiteren Diskussion in vier verschiedene Ausschüsse verwiesen.

Im nicht öffentlichen Teil wurde mit großer Mehrheit der Übertragung der öffentlichen Bäder und Schwimmhallen an eine Tochtergesellschaft der Stadtwerke zugestimmt.

Ebenfalls mit Mehrheit wurde eine Dienstaufsichtsratsbeschwerde gegen die Oberbürgermeisterin abgelehnt. Ute Haupt, Stadträtin

Stiftungsrat sollte seine Aufgaben ernst nehmen

Zu dem vom Beirat für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit für die Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt verbreiteten Pressemitteilung nahm der Stadtvorsitzende Swen Knöchel wie folgt Stellung:

Der Stiftungsbeirat kritisiert: „die Einmischung des Stiftungsratsvorsitzenden in die Arbeit politischer Bildungseinrichtungen mit einem Verbot innerhalb seines Wirkungsbereiches stellt einen Angriff auf die Freiheit des Denkens, Forschens und der öffentlichen Rede dar.“

Diese Aussage ist falsch, hier noch einmal zur Erinnerung die Pressemitteilung von StS Erben:

„Eine Gleichsetzung von NS-Verbrechen und SED-Diktatur ist mit dem Stiftungszweck der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt unvereinbar. In § 2 Absatz 1 des Gedenkstättenstiftungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird klar unterschieden: „Zweck der Stiftung ist es, durch ihre Arbeit dazu beizutragen, dass das Wissen um die einzigartigen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur im Bewusstsein der Menschen bewahrt und weitergetragen wird. Es ist ebenfalls Aufgabe der Stiftung, die schweren Menschenrechtsverletzungen während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur darzustellen und hierüber Kenntnisse zu verbreiten.“

Von der Tagungskonzeption zum sogenannten „Diktaturvergleich“ distanzieren sich. Insbesondere halte ich es für unangemessen, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, deren sachsen-anhaltische Landesvereinigung kraft Gesetzes Vertreter in den Stiftungsbeirat für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit für die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur entsendet, als „trojanisches

Pferd für das Engagement gegen Rechtsextremisten“ einzustufen - gerade auch angesichts des Leidens von Mitgliedern dieser Organisation in Konzentrationslagern und Gefängnissen des NS-Staates.

Auch im Blick auf aktuelle Bedrohungen für die Demokratie kann es keine Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus geben.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums und der Stiftung Gedenkstätten werden sich an der Durchführung der Tagung nicht beteiligen.“ Es geht keineswegs darum, die Freiheit von Forschung und Lehre oder deren Publikation in Zweifel zu ziehen.

Es geht darum, dass die Stiftung einen gesetzlichen Auftrag hat, dem diese Veranstaltung nicht gerecht wird. Aus dem Veranstaltungsflyer geht deutlich hervor, dass der Inhalt der Veranstaltung keineswegs dem Stiftungszweck entspricht. Vielmehr ergibt sich eine klare politische Ausrichtung in der Veranstaltungskonzeption.

Die Pressemitteilung des Stiftungsrates macht deutlich, dass die im Stiftungsrat handelnden Akteure sich keineswegs über ihren Auftrag im Klaren sind. Vielmehr verstehen sie sich als Gralshüter der Deutungs- und Richtigkeits- über die Geschichtsbetrachtung.

Die Themen- und Referentenauswahl zeigt zudem, dass sich der Stiftungsrat als politischer Akteur versteht. Insoweit ist seine Tätigkeit fraglich, wie die erhobenen Vorwürfe falsch sind.

Sicher ist das von Prof. Jesse vertretene, aus meiner Sicht nicht haltbare Totalitarismuskonzept von der Freiheit der Forschung und Lehre gedeckt. Sicher kann Dr. von Hüllen sich bei seinen abwegigen Betrachtungen zum VVN/BdA auf die Meinungsfreiheit berufen. Sicher kann Dr. Lang seine politischen Anschauungen zur LINKEN in politischen Diskurs einbringen.

Aber alles hat seinen Ort und dieser kann nicht die Gedenkstättenstiftung sein.

Presseerklärung des VdN-BDA e.V. Sachsen-Anhalt vom 18.02.10

Veranstaltung zu Lehrerfortbildung in „Roten Ochsen“ am 19./20. März 2010 absagen!

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus - diesem Inhalt des Schwures von Buchenwald fühlen wir uns verpflichtet. Wir protestieren gegen die unglaubliche Fälschung unserer Geschichte und den Tatbestand, dass die Verbrechen der Nazis, die in Nürnberg völkerrechtlich verurteilt wurden, mit der Geschichte Nachkriegsdeutschlands gleichgestellt werden. Ein Vergleich der „Diktaturen“ der NS-Zeit mit der Nachkriegsgeschichte, verbietet sich, sie führt zur Verharmlosung der Verbrechen des NS-Regimes. Die geplante Veranstaltung in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ am 19./20. März 2010 muss abgesagt werden, wenn die Veranstalter (Stiftung der Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Gedenkstätte „Roter Ochse“, die Friedrich-Naumann-Stiftung und die Landeszentrale für politische Bildung) nicht ihr Gesicht verlieren wollen. Besonders empört sich unser Vorstand, in der angekündigten Vortragsreihe als „Trojanisches Pferd“ bezeichnet zu werden. Können sich diese „Westdirektoren“ überhaupt vorstellen, wie viel Mühe es uns gemacht hat, an den Info-Ständen und in vielen persönlichen Gesprächen im letzten Jahr (unter manchmal komplizierten Witterungsbedingungen) und über das Internet die Zustimmung zu unserer Initiative „no npd/ NPD Verbot jetzt!“ zu finden? Mitglieder aller demokratischen Parteien haben unseren Aufruf unterzeichnet.

Ulrich Freiberg, Landesvorsitzender

Deutsche Zustände: Armut und Ausgrenzung



Zum 2. Welttag der sozialen Gerechtigkeit am Samstag erklärt Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

Der 20. Februar ist der Welttag der sozialen Gerechtigkeit. Eine von neoliberalen Kreisen gern benutzte Auslegung des Begriffes soziale Gerechtigkeit ist, dass nur diejenigen Menschen, welche einer Erwerbsarbeit nachgehen, Anspruch auf gerechte, soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben.

Aktuell stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fest, dass Armut in Deutschland in den letzten zehn Jahren um ein Drittel zugenommen hat. Die Bestimmung der Regelleistungen für Bedürftige ist verfassungswidrig, mit Sanktionen werden grundrechtswidrig die Armutstransfers sogar bis auf null gekürzt. Die durchschnittliche Transferhöhe bei Hartz IV liegt bei 649 Euro, damit deutlich unter der Armutsrisikogrenze von 925 Euro, die das DIW benannte. Die geringe Umverteilung in Deutschland zeigt Gründe von Armut und Ausgrenzung von gesellschaftlicher Teilhabe: Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verfügten über mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens, so der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 2009/2010. Die unteren 60 Prozent in der Bevölkerung hatten kein oder lediglich ein geringes Vermögen beziehungsweise hatten sogar Schulden. Die obersten zehn Prozent in der Einkommenshierarchie verfügten in etwa über genauso viel Nettoeinkommen wie die untersten vierzig Prozent, nämlich zwanzig Prozent des Gesamtnettoeinkommens. Auch die Ost-West-Schere klafft weiterhin eklatant auseinander. Im Jahr 2007 erreichte das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen lediglich 77,8 Prozent des Westniveaus. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die Zunahme von Nützlichkeitsrassismus und Feindlichkeit gegenüber benachteiligten Menschengruppen. Die Angst und Sorge um die eigene Existenzsicherheit und vor dem sozialen Abstieg lässt einen Kältestrom durch Deutschland ziehen. Wer im Turbokapitalismus nicht mithalten kann oder will, wird zum Überflüssigen und ökonomisch Unnützen abgestempelt.

Wir als LINKE lehnen eine derartige Sichtweise ab. Menschen, die arbeiten, müssen von dieser Arbeit leben können. Menschen, die keine Arbeit haben, dürfen weder in unwürdige Arbeitsbedingungen gezwungen werden, noch dafür bestraft werden, wenn sie sich einem solchen Ansinnen verweigern. Repres-

sionen gegen Erwerbslose sind einer Gesellschaft, die sich dem Sozialstaatsprinzip verpflichtet fühlt, unwürdig. Soziale Gerechtigkeit heißt für uns, jedem Menschen die Teilhabe am sozialen Leben zu ermöglichen, unabhängig davon, ob er einer Erwerbsarbeit nachgeht, oder nicht.

DIE LINKE setzt dem eine konsequente Politik für mehr Teilhabe- und Verteilungsgerechtigkeit entgegen. Nur ein demokratischer Sozialstaat, der allen Menschen die Grundrechte garantiert, führt zur sozialen Gerechtigkeit. Dazu bedarf es des politischen Kampfes der sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und aller Linken in den Parteien.

2. Tagung des Stadtparteitages

**Mittwoch, 03. März 2010 ab 17:00 Uhr,
im „Künstlerhaus 188“ (Böllberger Weg)**

Vorschlag Tagesordnung:

1. Wahl der Vertreter im Landesausschuss
2. Aussprache zur aktuellen Situation unserer Partei

9. März 2010, 18:00 Uhr,

**Restaurant im Landtag von Sachsen-Anhalt,
Magdeburg, Domplatz 6-9**

Vielorts gewinnt der Internationale Frauentag am 8. März wieder mehr an Beachtung und auch in diesem Jahr wird die Fraktion der Partei DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt dabei nicht abseits stehen. Unsere traditionellen Veranstaltungen wie „Du bist Frau“ oder „DamenWahl und Männer-Macht?!“ ergänzen wir nunmehr mit: „... sie sprechen von mir nur leise“, lyrisch-musikalisches Porträt der Literatin Mascha Kaléko von Paula Quast und Henry Altmann. Hierzu laden wir Sie und Euch herzlich ein, um bei freiem Eintritt und einem Glas Sekt den Internationalen Frauentag gebührend zu feiern.



Hartz IV: Das Volk will die Wahrheit hören

Offener Brief von Klaus Ernst an Guido Westerwelle:

Äußerungen zu Hartz IV und eigene Nebeneinkünfte

In einem Offenen Brief an den Vizekanzler Dr. Guido Westerwelle fordert Klaus Ernst diesen auf, angesichts seiner Äußerungen zu Hartz IV zu seinen Nebeneinkünften Stellung zu nehmen und diese vollständig offen zu legen. Wenn Westerwelle schreibt „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“ (in der „Welt“ vom 12. Februar 2010), dann muss er sich auch an seinen eigenen Maßstäben messen lassen.

Guido Westerwelle hat in der 16. Wahlperiode insgesamt 35 Vorträge bei Versicherungen, Banken, Unternehmen etc. gehalten, für die er bis auf eine Ausnahme jeweils mehr als 7.000 Euro erhalten hat. Seine Nebentätigkeiten summieren sich also auf mindestens 270.000 Euro - es kann auch eine Million gewesen sein oder darüber hinaus. Nicht nur die Quantität der Nebeneinkünfte des Vize-Kanzlers dürfte von Interesse für die Bürgerinnen und Bürger sein, sondern auch die Auftraggeber. Von der Deutschen Vermögensberatung - die der FDP in den letzten 10 Jahren rund 550.000 Euro gespendet hat - über die Bank Sal Oppenheim - die der FDP 2008 100.000 Euro zahlte - bis zur LGT Schweiz, einer Tochter der Lichtensteiner LGT-Gruppe, die durch hundertfache Beihilfe zum Steuerbetrug seit 2008 in die Schlagzeilen geriet.

Protestschreiben

Initiativen gegen Rechts als extremistisch und nicht förderwürdig diskriminiert

Erneut macht Bundesfamilienministerin Köhler in ihrem Kampf gegen Links auf sich aufmerksam.

Nach ihrer Ankündigung, im Jahr 2010 ein Pilotprojekt zur Bekämpfung des „Linksextremismus“ zu starten, sollen nun auch Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus und Neonazismus, die staatliche Förderung erhalten, automatisch vom Verfassungsschutz überprüft werden.

Damit würde die Kriminalisierung antifaschistisch-demokratischen Widerstands gegen jede Form vom Rechtsextremismus und Neofaschismus eine neue Stufe repressiver staatlicher Diskriminierung erreichen.

Dahinter verbirgt sich zugleich das Ziel, dem ohnehin unterfinanzierten Engagement gegen Nazis nach Gutdünken das Geld zu entziehen. Die so freiwerdenden Mittel stehen dann Frau Köhler für ihren Kampf gegen „Linksextremismus und Islamismus“ zur Verfügung.

Der Landesvorstand erhebt schärfsten Protest gegen diese ungeheuerliche Kriminalisierung antifaschistischen Engagements. Anstatt alle Anstrengungen zu unternehmen, der realen neonazistischen Gefahr zu begegnen und Strukturen und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu fördern und zu unterstützen, wird so zivilgesellschaftliches Engagement verhöhnt, behindert und letztlich die rechte Szene gestärkt.

Wir bleiben bei unserer Forderung: „no npd - Verbot jetzt!“

Sprecherrat des Landesvorstandes

Landesverband der Verfolgten des Naziregimes und der Antifaschistinnen und Antifaschisten Sachsen-Anhalt (VdN-BdA) e. V.

Landesvorstand

Im Januar verstarb unser langjähriges Parteimitglied, Genosse

Friedrich Pioch

Wir werden ihn und sein Engagement für unsere
Partei in ehrender Erinnerung behalten.

Basisorganisation

Erich Voigt

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 650 Exemplare

Spenderbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

25.02.2010

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 11.03.2010

DIE LINKE will Bündnis für sozialen Fortschritt

Statement von Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, auf der Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus:

Guten Tag, meine Damen und Herren, ich möchte mich zu drei großen Punkten äußern. Zu allererst möchte ich mich natürlich mit der von Westerwelle angeschobenen Debatte befassen, die Sie jetzt seit einigen Wochen verfolgen können, welche auf der Oberfläche nur eine Hartz-IV-Debatte, letztlich aber viel mehr ist. Wir konnten am Wochenende hören, dass Herr Westerwelle jetzt noch einmal nachgelegt hat. Seine Forderung, dass Hartz-IV-Empfänger gegebenenfalls auch Schnee schippen können, ist im Kern ja nur eines: Er sagt, dass man eigentlich auch noch unter einen 1-Euro-Job fallen kann. Das, was hier wirklich getan wird, ist aus meiner Sicht ein Nachtreten gegen die Schwächsten in der Gesellschaft. Ich habe von Herrn Westerwelle noch nichts in Fragen der Steuerhinterziehung und der Steuer-CDs gehört. Es gibt ein großes Engagement zur Entlastung reicher Erben und Entlastung der Hoteliers. Aber hier an dieser Stelle geht es immer in eine Richtung - in Richtung der Schwächeren in dieser Gesellschaft. Ich habe gesagt, aus einer Sicht ist es begrüßenswert - weil wir eine Debatte brauchen und es diese Debatte jetzt geben kann: Wie wird der Sozialstaat in Deutschland zukünftig gestaltet? Ich freue mich auch, dass in gewisser Hinsicht bei der FDP die Maske gefallen ist. Mich hat bei der Bundestagswahl überrascht, dass 10 Prozent der Arbeitslosen FDP gewählt haben. Ich hoffe, dass dieser Anteil radikal nach unten geht und dass diejenigen nicht mehr auf die Idee kommen, die FDP zu wählen. Ich will deutlich sagen: Es geht um viel viel mehr, als um eine Debatte über Regelsätze, sondern es geht um die künftige Gestaltung des Sozialstaates. DIE LINKE hatte bereits im Wahl-

programm vorgeschlagen, ein Bündnis für sozialen Fortschritt in Deutschland zu installieren. Ich will diese notwendige Debatte - ich habe von einer neuen Solidarität in der letzten Woche gesprochen - vielleicht an drei Punkten noch einmal kurz erläutern.

Das Erste: Wir haben jetzt eine ziemlich breite Diskussion zum Thema Gesundheit. Was wir erlebt haben: Wir sprechen schon lange von einer Zwei-Klassen-Medizin. Jetzt geht es um eine Drei-Klassen-Medizin. Das Problem ist, dass die gesetzlichen Krankenversicherungen Zusatzbeiträge erheben. Diese Zusatzbeiträge sind ja im Kern nichts anderes als eine kleine Kopfpauschale. Die alleinerziehende Mutter muss denselben Betrag bezahlen wie der Bankenvorstand, so der denn in einer gesetzlichen Krankenkasse ist. Das führt dann dazu, dass diejenigen, die es sich leisten können, in private Kassen flüchten und damit in der Substanz, der von Bismarck aufgerufene Sozialgedanke, aus der Gesellschaft verschwindet. Die Kopfpauschale ist definitiv keine Lösung. Man kann nur hoffen, dass sie innerhalb der Koalition nicht durchgesetzt werden kann, denn ungerechter als eine Kopfpauschale geht es nicht, selbst wenn man für die Schwächsten der Gesellschaft über die Besteuerung einen Ausgleich erzielen könnte. DIE LINKE ist entschlossen, ein breites Bündnis gegen die Kopfpauschale zu mobilisieren. Ich bin überzeugt, dass diese im Parlament und auf den Straßen und Plätzen verhinderbar sein wird. Wir stehen für eine solidarische Bürgerversicherung. Wir werden eine Kampagne gegen die Kopfpauschale ins Leben rufen, gerade weil wir unsere Alternativen zur Sprache bringen wollen. DIE LINKE stellt -

wie Sie wissen - zwei Gesundheitsministerinnen in den Ländern.

Ein zweiter Punkt ist das Thema Bildung: Jeder weiß, wir haben eine schwierige, vielleicht sogar eine katastrophale Situation im Bildungswesen. Es gibt in Deutschland frühzeitig eine soziale Auslese. Das sind im Kern Methoden des vorvergangenen Jahrhunderts. Wir brauchen eine Bildungsoffensive, und diese Bildungsoffensive muss im Kern das längere gemeinsame Lernen beinhalten. Aber es geht um mehr. Es muss auch um Lernmittelfreiheit gehen. Es muss um Ganztagschulen gehen. Es muss auch um kostenloses Mittagessen gehen. Das sind Mindeststandards, um eine Chancengleichheit von Anfang an zu realisieren. Wir haben eine interessante Auseinandersetzung in dem schönen Bundesland Hamburg. Interessanterweise sind dort drei Bildungspolitikerinnen der SPD - das hat eine gewisse mediale Beachtung gefunden - zur LINKEN gewechselt. Wir werden diesen Volksentscheid, der dort stattfindet und wo Schwarz-Grün ja zumindest einen Schritt in die richtige Richtung gehen will, unterstützen, auch bundespolitisch, so wie wir das auch bei Berliner Volksentscheiden gemacht haben.

Ein dritter Punkt, den ich erwähnen will, weil hier die Debatte offensichtlich weiterläuft, das ist das gesamte Problemfeld Mindestlöhne. Die interessante Nachricht ist ja die, dass LIDL Mindestlohn für den Einzelhandel anregt. Das finde ich durchaus vernünftig. Mich freut natürlich auch, dass es in den Gewerkschaften Diskussionen gibt und dass - so war am Wochenende auf der DGB-Jahrestagung zu hören - ein Antrag gestellt werden soll, den Mindestlohn auf 8,50 € zu erhöhen. Das freut mich, weil ich erinnere

mich, als DIE LINKE damals 8,00 • plus vorgeschlagen hat, wurde das teilweise auch von Gewerkschaften kritisiert. Nun nähern wir uns an. Diese 8,50 • wären vernünftig. Vielleicht gibt es ja auf dem DGB-Bundeskongress auch noch eine Forderung auf 8,51 •. Das wäre sicherlich sinnvoll. Sie wissen, DIE LINKE hat in ihrem Wahlprogramm festgeschrieben, dass wir in dieser Legislaturperiode auf 10,00 • kommen wollen und dass auch deshalb, weil es natürlich den Zusammenhang zur Hartz IV gibt, dass natürlich auch deshalb, weil auch bei uns klar und eindeutig ist: Es muss ein Lohnabstandsgebot geben. Wenn Herr Westerwelle am Wochenende sagte, der Kern seiner Interpretation war, dass diejenigen, die arbeiten, mehr haben mögen als diejenigen, die nicht arbeiten. Das ist ja nun ein Grundsatz, der auch von der LINKEN zu unterschreiben ist, wenn es zunächst mal nur um diesen Fakt geht. Leistungen für Kinder müssen da selbstverständlich ausgenommen werden. Das ist völlig klar. Da ist in gewisser Hinsicht ein Rückrudern festzustellen, was man wiederum von Westerwelle kaum erwartet hat. Unsere Position ist ganz klar: Wir wollen in Deutschland einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, wie er in 22 europäischen Ländern bereits vorhanden ist. Wir wollen durchaus die Anregung in der Höhe an andere europäische Länder aufnehmen.

Zum nächsten Punkt: In dieser Woche findet die Abstimmung zur Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes statt. Ich habe mit einigem negativen Erstaunen am Ende der letzten Woche Frau Nahles Ankündigung zur Kenntnis genommen, dass die Zustimmung seitens der SPD zur Aufstockung wohl da sein wird. Ich kann nur raten, nach Holland zu schauen. Die Sozialdemokraten haben dort eine andere Schlussfolgerung gezogen. DIE

LINKE ist und bleibt bei ihrer Position, das ist ganz klar: Wir werden der Verlängerung nicht zustimmen. Wir sehen die Option, dass ein Abzug in diesem Jahr möglich ist. Wir wollen insbesondere, dass es hier eine Veränderung gibt, da nach Umfragen mehr als 2/3 der Bevölkerung diesen Einsatz ablehnen, soll er auch im Deutschen Bundestag einen Niederschlag finden. Deswegen ganz klar und eindeutig: DIE LINKE wird geschlossen gegen die Verlängerung stimmen. Ich hoffe, dass sich nicht nur bei den Grünen und der SPD, sondern dass sich auch bei FDP und CDU/CSU Abgeordnete finden, die ein deutliches Zeichen setzen, ihre Teile der Wählerschaft im Deutschen Bundestag zu vertreten, damit klar ist: Dieser Einsatz in Afghanistan hat aus deutscher Sicht keine Perspektive.

Ich will zu einem letzten Punkt etwas sagen, der an DIE LINKE gerichtet ist: Ich habe in der letzten Woche wieder viele Vorschläge über Satzungsänderungen, Mitgliederbefragungen und ähnliches lesen können. Ich rate dringend, diese Diskussion jetzt nicht öffentlich weiterzuführen. Wir haben in unserer Satzung sehr klare Regelungen. Wir brauchen für Veränderungen überall satzungsändernde Mehrheiten. Diese satzungsändernden Mehrheiten sind klar festgelegt. Das ist auf einem Parteitag eine 2/3-Mehrheit, oder wenn man einen Mitgliederentscheid anstrengt, eine einfache Mehrheit auf einem Bundesparteitag. Bei besonderer Relevanz - auch das will ich nochmal hervorheben - bedarf es Mehrheiten der östlichen und der westlichen Landesverbände. Diese doch sehr hohen Hürden hat sich DIE LINKE bei ihrer Gründung in die Satzung geschrieben. Es ist nicht ganz so einfach, und deswegen sollten wir mit diesem Element der Satzungsänderungen nicht spielen. Auch zum Thema Mitgliederentscheid war jetzt hier und da etwas Unsinniges zu lesen. Der

Partei Vorstand kann im Übrigen gar keinen - so legt es die Satzung fest - Mitgliederentscheid anregen. Da sind klare Regelungen getroffen. Einen Mitgliederentscheid können Landes- und Kreisverbände, die 1/4 der Mitglieder - das sind etwa 20.000 Mitglieder - vertreten, anregen. Das könnten theoretisch Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern anstrengen. Das ist eine Möglichkeit. Die zweite Möglichkeit ist, wenn sich 8 Landesverbände - unabhängig von der Größe - finden würden. Dann gibt es die dritte Möglichkeit, dass es 5.000 Mitglieder wären. Und dann gibt es die Möglichkeit, dass ein Parteitag - schlecht möglich - oder der Bundesausschuss derartige Mitgliederentscheide anstrengt. Also ich rate, in meiner Partei dieses Thema jetzt nicht weiter öffentlich zu erörtern, sondern wer das möchte, muss die entsprechenden Quoren organisieren, und dann wird es auch Mitgliederentscheide geben. Ich habe immer gesagt, um eine Position deutlich zu machen: Mitgliederentscheide sind ein hohes Gut. Bei relevanten Fragen sollte man sie auch organisieren, um die Meinung der Partei einzuholen. Ob diese Fragen eine solche Relevanz haben, das glaube ich inzwischen schon, weil sie doch sehr sehr umfangreich diskutiert werden. Ich konnte mich am Donnerstag und am Freitag, wo ich mit den 16 Landesgeschäftsführern und den Landesschatzmeistern zusammen beraten habe, auch davon überzeugen, dass dies als eine relevante Frage angesehen wird. Also Ruhe in dieser Frage, Entscheidung bis zum Parteitag. Wir werden am Samstag eine Parteivorstandssitzung haben. Dort werden wir den Parteitag in Rostock offiziell einberufen. Dann wird es weitere Wahlen zu den Delegierten geben. Und dann werden wir auch die weiteren Entscheidungen treffen. Dankeschön!